Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 18. Dienstag, 22. Januar 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Steuerkampf.

gu. Noch befindet sich der Etat beim Reichsrat, der Reichstag wird ihn erst erhalten müssen, und doch wird er im Reichstage bereits so eifrig studiert, als ob morgen die Entscheidung zu fallen hätte. Die Fraktionen sind in der Mehrheit am Montag bereits zusammengekommen und haben außer weniger aktuellen Fragen sich in der Hauptsache dem Etat zugewandt. Man interessiert sich einstweilen aber nicht für die einzelnen Posten des Etats, sondern vor allem für die Deckungsvorschläge. Und man sucht in dem Etat nach Positionen, die bekämpft werden können. Denn mehr und mehr sieht man, daß es außerordentlich schwer sein wird, eine Mehrheit für die neuen Steuererhöhungen zu finden, selbst wenn mit wechselnden Mehrheiten gearbeitet werden sollte. Erhöhung der Bier-, Erbschafts- und Vermögenssteuer kann, nach der jetzigen Ueberprüfung mit einer Annahme nicht rechnen. Hatte man geglaubt, sich schließlich auf die Erhöhung der Umsatzsteuer vereinigen zu können, so findet man hier den Widerstand der Sozialdemokraten. So ist es erklärlich, daß in den Regierungsparteien die Ansicht Geltung erhält, es müsse sich doch die Möglichkeit ergeben, die Ausgaben des Etats um rund 350 Millionen zu kürzen, so daß man den Steuerstreit gar nicht erst durchzufechten braucht. Dabei ist man auf die Tatsache gestoßen, daß der Reichswehretat mit rund 704 Millionen zu hoch sei. Schon in der Regierung wurden hier Abstriche versucht, wogegen sich aber, wie wir berichten konnten, Reichswehrminister Gröner gewehrt hat. Jetzt werden die Sozialdemokraten und die Demokraten einen neuen Vorstoß gegen diesen Etat unternehmen, den sie um mehr als 100 Millionen glauben verringern zu können. Ob sie damit durchkommen, wird nicht nur vom Reichswehrminister abhängen, sondern auch von den übrigen bürgerlichen Parteien, die der Ansicht sind, daß die Aufgaben, die im Reichswehr-Etat vorgesehen sind, unbedingt erfüllt werden müssen. Sie weisen darauf hin, daß durch die Aufträge für den Bau von Kriegsschiffen oder deren Fertigstellung Arbeitsgelegenheit geschaffen werde, so daß eine Verringerung dieser Ausgaben durch Aufgabe von Bauten oder deren längere Hinzögerung nur größere Arbeitslosigkeit verursacht werden könnte. Immerhin hat man einiges gefunden, was jedenfalls vergeblich vom Reichswehrminister verteidigt wird. So werden große Beträge für die Einrichtung landwirtschaftlicher Betriebe an den Heeresfachschulen für Landwirtschaft gefordert. Dieser Posten wird wahrscheinlich fallen.

Aber nicht nur der Reichswehrminister ist in Verteidigungsstellung gedrängt, die Untersuchung richtet sich gegen alle Ressorts. Man findet, es haben zu viele festliche Veranstaltungen, zu viele Empfänge, Essen und Bierabende der Reichs- und Staatsbehörden stattgefunden. Es seien zu große Mittel vergeudet worden und wird daran gehen, hier erhebliche Abstriche zu machen. Das stimmt durchaus mit der Forderung des Außenministers überein, der schon im vorigen Winter für sein Ressort erklären ließ, man solle sich größte Beschränkung auferlegen, und der bekanntlich durchzudrücken verstand, daß die Minister den Beschluß faßten, nicht allen an sie ergangenen Einladungen zu folgen. Trotzdem werden aber für Entschädigungen für die Teilnahme an gesellschaftlichen Veranstaltungen Zahlen in den Etat eingesetzt, die Anstoß finden müssen. Es gibt also schon Grund, den Etat gründlich zu prüfen. So hat es nicht wenig überrascht, daß trotz des angeblichen Abbaues bei den Behörden ein erheblicher Beamtenzuwachs stattgefunden hat. Dieser Zuwachs hat den Finanzminister schon verpflichtet, im Nachtragsetat die kleine Summe von 8½ Millionen nachzufordern. Die Mehrausgabe kommt im Etat für 1929 noch mehr zur Geltung.

Sicherlich ist, nach Uebereinstimmung eigentlich aller Parteien, der Etat in den Ausgaben zu flüchtig gezogen, und es sind Abstriche nicht nur unerläßlich, sondern in einer Höhe möglich, daß man, wenn auch nicht auf alle Steuererhöhungen, so doch auf die eine oder andere wird verzichten können. Dabei tritt der Fall ein, daß die Minister von Parteignaden sich ganz entschieden für ihre Ressortausgaben einsetzen und sogar der eigenen Partei den Kampf ansagen. Es wird sich also das seltsame Bild zeigen, daß der Reichstag gegen die von ihm ernannten Minister seinen Willen durchsetzen muß. Ob er die Kraft dazu hat, wird er zu beweisen haben. In den bisherigen Fraktionsverhandlungen scheint es so, als ob man auch auf die eigenen Minister keine Rücksicht nehmen will.

Die Aufgaben des Reichstages.

gm. Berlin. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, ist es üblich, daß der Reichsrat mindestens drei Wochen braucht, um den Etat durchzuberaten. Gelöst wenn die Beratungen auf 14 Tage abgekürzt werden, wird der Etat dem Reichstag nicht vor Mitte Februar vorliegen. Inzwischen hat der Reichstag folgende Vorlagen zu erledigen, die ihn vollständig in Anspruch nehmen werden:

Das Steuervereinheitlichungsgesetz,
das Gesetz über die Wartestandsbeamten,
das Gesetz über die Kleinrentnerfürsorge,
das Finanzausgleichsgesetz,
die Handwerkernovelle zur Gewerbeordnung

und schließlich das Arbeitsschutzgesetz, das jetzt eben vom Reichsrat verabschiedet worden ist.

Eröffnung der 9. Sächs. Landwirtschaftlichen Woche.

tfd. Dresden. In Anwesenheit zahlreicher sächsischer Landwirte und vieler Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden wurde am Montag vormittag in Dresden die diesjährige Grüne Woche mit einer Ansprache des Präsidenten der Landwirtschaftskammer eröffnet.

Präsident Vogelsang begrüßte zunächst die stattliche Versammlung und führte dann aus, daß von einer wirklichen Gesundung der Berufsstände nicht die Rede sein könne, solange die Landwirtschaft ihre volle Produktionsfähigkeit nicht wieder erlangt habe. Dabei handele es sich nicht um die Interessen eines Standes, sondern es gehe um das Wohl des Volksganzen, um die Gesundung aller durch Schicksalsgemeinschaft verbundenen Glieder unserer deutschen Volkswirtschaft. Von dieser Erkenntnis werde es abhängen, ob es der deutschen Landwirtschaft gelinge, das drohende Gespenst der Nahrungsknechtschaft zu beseitigen und die Ernährung unseres Volkes aus eigener Scholle und aus eigener Kraft zu ermöglichen. Diesem hohen Ziele diene auch die Landwirtschaftliche Woche, und es sei zu hoffen, daß die Vorträge und Aussprachen der nächsten Tage mit dazu beitragen möchten, den führenden sächsischen Landwirten Mut zu verleihen zu neuem Wirken und Schaffen.

In seinen weiteren Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß man auch für das kommende Jahr wohl kaum auf eine Milderung des Steuerdrucks rechnen könne. Sollte es nicht ohne eine Steuererhöhung abgehen, dann würde sich die Landwirtschaft am ehesten noch mit einer Steigerung der Umsatzsteuer abfinden; sie wende sich aber mit aller Entschiedenheit gegen eine Erhöhung der Erbschaftssteuer. Als besonders drückend empfinde sie die Grundsteuer mit ihren hohen kommunalen Zuschlägen, und sie hoffe, daß das kommende Steuervereinheitlichungsgesetz die erhoffte Milderung bringen möge. Auch die Landwirtschaft habe den Wunsch, ihre Arbeiter besser entlohnen zu können. Dieser Wunsch deckt sich aber auch mit der in der Weltwirtschaftskonferenz betonten Auffassung, die Landwirtschaft der Industrie gleichzustellen, damit den in der Landwirtschaft Beschäftigten eine befriedigende Lebenshaltung und eine angemessene Entschädigung für Arbeit und Kapital gewährt werden könne.

Die Umschuldungsaktion habe für Sachsen kaum eine nennenswerte Bedeutung gewonnen, da die Mittel bei weitem nicht ausreichen, um dem gewollten Zweck auch nur einigermaßen nahe zu kommen. Auf dem Arbeitsmarkt konnte der vermehrten Nachfrage an Personal kaum entsprochen werden, und dies trotz der steigenden Arbeitslosenziffer in den Großstädten. Die Erhöhung der Reichsbahntarife habe eine Preissteigerung auf dem Düngemittelmarkt zur Folge gehabt, und zwar bei den beiden Düngemittelindustrien, die der ganzen wirtschaftlichen Lage nach noch am ehesten hätten darauf verzichten können, dem Stickstoff-Syndikat und der Kaliindustrie. Ein erfreuliches Bild zeige sich, wie auf anderen Gebieten, so auch auf dem der Eierproduktion und der ganzen Geflügelzucht. Wie überall im Reiche, so seien auch im Sachsenlande recht beachtliche Fortschritte in der Erzeugung von Milch und Molkereiprodukten festzustellen. Mit großer Spannung sehe die deutsche Landwirtschaft dem Abschluß des polnischen Handelsvertrages entgegen; sie erwarte, daß nichts unversucht bleibe, den deutschen Bauer vor der polnischen Konkurrenz zu schützen. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß es der alten deutschen Bauernkraft gelingen möge, die deutsche Landwirtschaft einer glücklicheren Zukunft entgegenzuführen.

•

Die Ausstellung des Landessaatbauvereins für Sachsen.

tfd. Dresden. Die Ausstellung, die am Montag mittag eröffnet wurde, gibt einen Ueberblick über das gesamte Gebiet des Landessaatbauvereins, seine Aufgaben und seine Bedeutung für die sächsische Landwirtschaft. Die Pflanzenzucht ist insbesondere durch die Sonder-Ausstellung der sächsischen Originalzüchter vertreten, deren Bedeutung jedoch keineswegs sich auf Sachsen beschränkt, sondern weit über dessen Grenzen hinaus geht. Die Saatgut-Vermehrung — die Hauptaufgabe des Landessaatbauvereins ist der Absatz des von der Landwirtschaftskammer für den Freistaat Sachsen anerkannten Saatgutes — wird durch eine reichhaltige Zusammenstellung der verschiedensten Getreide- und Kartoffelsorten zur Geltung gebracht, vor allem auch durch statistisches Material veranschaulicht. Hier sind besonders interessant die graphischen Darstellungen der Umsätze in den einzelnen Kartoffelsorten während der letzten 4 Jahre. Sie zeigen, daß die Kartoffelsorten, die Massenerträge liefern, durch die gelbfleischigen Sorten verdrängt werden, die als Speisekartoffeln mehr und mehr bevorzugt werden, sowie durch solche, die sich durch hohen Stärkegehalt auszeichnen und daher insbesondere für die Verwertung in der Brennerei in Frage kommen.

Die Bedeutung, die der Feldfutterbau in den letzten Jahren erfahren hat, zeigt die mannigfache Ausstellung der verschiedenen Klee- und Grassämereien. Auch hier hat die Pflanzenzüchtung erhebliche Fortschritte gemacht. Hiermit im Zusammenhang steht auch die Ausstellung der Arbeitsgemeinschaft für Grünlandwirtschaft im Freistaat Sachsen, deren Aufgabe es ist, Anlage, Pflege und Bewirtschaftung der Wiesen und Weiden, sowie des Feldfutterbaues zu fördern. — Die Staatl. Landwirtschaftliche Versuchs-Anstalt zu Dresden ist durch ihre Abteilung II, Pillnitz, die in ihrer Ausstellung den Leinbau in den Vordergrund stellt, und die Abteilung III, Hauptstelle für Pflanzenschutz, vertreten. Als Hauptvertriebsstelle von Pflanzenschutzmitteln an die landwirtschaftlichen Genossenschafts-Organisationen Sachsens zeigt der Landessaatbauverein eine umfangreiche Ausstellung der Mittel zur Bekämpfung der Schädlinge. Auch der Landesverband der Versuchsringe im Freistaat Sachsen ist wiederum vertreten. Interessante Mitteilungen enthält die Ausstellung über die Zusammenarbeit der Versuchsringe mit den Genossenschaften. Die angegebenen Zahlen zeigen, daß durch die Versuchsringarbeit ein bedeutender Einfluß auf die Absatzmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ausgeübt werden kann. Die Ausstellung ergänzen einige Apparate und Geräte, die für die Versuchsringarbeit von Wichtigkeit sind.

•

Jahreshauptversammlung des Sächsischen Fischereivereines.

M Dresden. Im Rahmen der 9. Sächsischen Landwirtschaftswoche hielt gestern der Sächsische Fischereiverein unter Vorsitz des Oberregierungsrats Dr. Maier seine 41. Jahreshauptversammlung ab, die sich mit dem Thema „Die wirtschaftliche Bedeutung der Fischerei im deutschen Reiche" beschäftigte. Die Fachkammer für Forstwirtschaft hielt im Italienischen Dörfchen eine Vortragsversammlung ab. Hier sprach Forstassessor Krüß-Berlin über die Holzmarktlage unter besonderer Berücksichtigung der Holzeinfuhr nach Deutschland.

Auch der Landesverband Sächsischer Herdbuchgesellschaften und der Verband Sächsischer Milchkontrollvereine hielten eine öffentliche Hauptversammlung im Vereinshause ab.

•

Der Beginn der Fachvorträge.

Die Typenänderungen des schwarzbunten Tieflandrindes im Kontinentalklima der mitteldeutschen Gebirgsgegenden lautete das Thema, das Prof. Dr. Ulrich Duerst, Direktor des Zootechnischen Instituts an der Universität Bern, hielt. Im Auftrage der Landwirtschaftskammer hat der Redner diese Veränderungen im Mittelgebirge studiert, die die Nachkommen frisch aus den Niederungen importierter Rinder in Meereshöhen über 400 Meter erleiden. Gleich wie die Höhenkurorte infolge verminderten Luftdruckes beim Menschen die Atmung anregen, Blutbildung und Stoffwechsel steigern, geschieht dies auch beim Rind, jedoch mit sehr individuellen Schwankungen und Anpassungsarten. Da also die Einbürgerung von vorzüglichem, aber einseitig orientiertem Milchvieh der Niederungen im Gebirge bedeutende Typveränderungen bei Reinzucht daselbst zur Folge hat, müsse man in erster Linie rigoroseste Tuberkulosebekämpfung einführen, weil die Anlage zu dieser Krankheit wachse. Ferner sei zweckmäßig eine etwas höhere Stallwärme, als sonst für Gebirgsvieh üblich ist, und ein genügender Jodgehalt der Nahrung, der am zweckmäßigsten durch intensive Kainit- und Phosphatdüngung, im Notfalle auch durch tägliche Lebertrangaben, geboten werden könne. Keinesfalls solle aber ohne tierärztliche Ueberwachung mit anorganischen Jodpräparaten experimentiert werden. Für alle höheren Gebirgslagen empfehle sich die Zucht von Höhenvieh, in möglichst niedrigem, tief- und rundrumpfigem Typ, von rassigem, feinknochigem Bau, das sehr gute Milchleistung, hohen Fettgehalt, gute Mast und auch Arbeitsleistung für den Bauern liefert und größere Widerstandskraft besitze. Lichtbilder erhöhten das Verständnis für das Gebotene.

•

Landesausschuß der Sächsischen Landwirtschaft

* Dresden. Der Landesausschuß der Sächsischen Landwirtschaft veranstaltete am Montag abend im Hotel Bristol einen Empfangsabend. Der Präsident des Reichslandbundes, Reichsminister a. D. Dr. Schiele, sprach über die „Notwendigkeit der Lösung der Agrarfrage im Interesse von Volk, Staat und Wirtschaft".

Neuregelung der Löhne und der Arbeitszeit in der oberschlesischen Eisenindustrie.

X Gleiwitz. In den unter dem Vorsitz des Schlichters Regierungsrats Professors Dr. Brahn geführten Verhandlungen der oberschlesischen Eisenindustrie wurde gestern zwischen den Parteien folgende Vereinbarung getroffen:

Die Löhne erhöhen sich in der Weise, daß ein Teil der Arbeiter 2 Pfennig je Stunde und ein anderer Teil 3 bis 4 Pfennig je Stunde höher bezahlt wird. Ebenso erhalten die Lehrlinge 2 bis 4 Pfennig je Stunde mehr. Die Arbeitszeit wird für den größten Teil der Arbeiter am Sonnabend um eine Stunde verkürzt. Dieses Abkommen gilt bis zum 1. Oktober 1930.

SLUB Wir führen Wissen.